



AIHK-Präsident Daniel Knecht (stehend) vor den rund 500 Gästen im Tägerhard in Wettingen.

CHRIS ISELI

«Schweiz will nicht Ballenberg werden»

AIHK-Generalversammlung Daniel Knecht schwört Wirtschaft auf nächste Abstimmungskämpfe ein

VON MATHIAS KÜNG

500 Gäste fanden gestern in Wettingen zur Generalversammlung der Aargauischen Industrie- und Handelskammer (AIHK). Allen voran Ständerätin Christine Egerszegi, Baudirektor Stephan Attiger, sein Vorgänger Peter C. Beyeler und der frühere Gesundheitsdirektor Ernst Hasler. Auch etliche National- und Grossräte mischten sich unter die Wirtschaftsprominenz, unter ihnen fünf Parteipräsidenten: Philipp Müller (FDP Schweiz), Matthias Jauslin (FDP Aargau), Thomas Burgherr (SVP Aargau) sowie sein Vorgänger Thomas Lüpold, Markus Zemp (CVP Aargau) und Marco Hardmeier (SP Aargau). Unter den Gästen einmal mehr auch zahlreiche Mittelschüler im buchstäblich gelebten Wirtschaftsunterricht.

Grossrats-Vizepräsident Hardmeier sowie die ebenfalls anwesenden Kurt Emmenegger (Präsident AGB) und Renato Mazzocco (Sekretär AGB) wissen jetzt bereits, dass ihnen bei den Abstimmungen über die Erbschaftssteuerinitiative und die kantonale

Transparenzinitiative der Juso seitens der Wirtschaft ein eisiger Wind entgegenwehen wird.

AIHK-Präsident Daniel Knecht schwor nämlich in seiner Präsidentschaftsrede die Wirtschaft auf die

«Problematisch ist die Vielzahl von weiteren wirtschaftsfeindlichen Initiativen.»

Daniel Knecht, AIHK-Präsident

kommenden Abstimmungskämpfe gegen «wirtschaftsfeindliche Initiativen» ein. So rief er zu einem Nein zur Ecopop-Initiative auf, durch die «jedes Wachstum gestoppt» würde. Knecht: «Die Schweiz will doch nicht zum Ballenberg werden!»

Nicht die Milchkühe schlachten

Genauso wenig hält Knecht von der Erbschaftssteuerinitiative, deren «Vater», der frühere EVP-Nationalrat Heiner Studer, just aus Wettingen kommt. Diese Initiative gefährde ei-

ne grosse Zahl von Familienunternehmen, gerade KMU. Man solle die AHV durch Reformen sanieren «und nicht durch das Schlachten der Milchkühe», so Knecht. Keine Frage: auch von der Initiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen, der «Schlaraffenland-Initiative» (Knecht), hält er nichts. Dasselbe gilt für die kantonale Transparenz-Initiative. Wenn alle Gemeinde- und Grossratskandidaten Einkommen und Vermögen offenlegen müssten, würden sie «wohl lieber verzichten», so Knecht. Darob befürchtet er einen grossen Schaden für die Demokratie.

Weiter hofft Knecht, dessen Dachverband den 140. Geburtstag feiert, dass bei den Wahlen 2015 der neue 16. Nationalratssitz ins bürgerliche Lager geht. Knecht: «Das gelingt, wenn sich die drei bürgerlichen Regierungsparteien zusammenraufen. Dabei ist es hilfreich, wenn beim Ständeratswahlkampf keine unnötigen Wunden geschlagen werden.»

Ambühl hofft auf Bilaterale III

Der frühere Staatssekretär und Unterhändler Michael Ambühl erläu-

terte im Folgenden als Gastreferent, wie er sich den weiteren bilateralen Weg der Schweiz nach dem Ja zur Zuwanderungsinitiative vorstellen könnte. Der heutige Dozent an der ETHZ hofft auf «Bilaterale III». Dabei müssten alle Themen auf den Tisch. Hauptbestandteile von «Bilateralen III» könnten institutionelle Fragen, Personenfreizügigkeit und Unternehmensbesteuerung sein.

Die EU habe ein Interesse an der Personenfreizügigkeit und wolle ihre Bürger nicht in einen vertragslosen Zustand schicken, so Ambühl. Interesse habe sie zudem an Unternehmensbesteuerung und Informationsaustausch. Doch findet sich eine EU-kompatible Umsetzung der Zuwanderungsinitiative? Mit Kontingenten, Schutzklauseln oder mit Steuern? Ambühl verweist auf die Alpeninitiative. Diese werde nicht wörtlich, aber im Sinn und Geist umgesetzt. Deren Verfassungsauslegung habe das Volk an der Urne genehmigt. Es wird sich zeigen, ob bei der Zuwanderungsinitiative auch eine Lösung möglich wird, mit der die Schweiz und die EU gleichermassen leben können.